



Brüssel, den 16. Juli 2025
(OR. en)

11387/25
ADD 1

SOC 506
EMPL 357
ENER 360
ENV 678
RELEX 960

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil)/Rat

Nr. Vordok.: 13481/24

Betr.: Erklärung zur Förderung von nachhaltigen Lebensweisen, Fairness und Zugang zu Technologien für saubere Energie – Ministerkonferenz für saubere Energie
– *Billigung eines nicht verbindlichen Instruments*
– *Erklärung Litauens, Estlands, Tschechiens, Finnlands, Lettlands und Polens*

Die Delegationen erhalten in der Anlage eine Erklärung Litauens, Estlands, Tschechiens, Finnlands, Lettlands und Polens zu der oben genannten Erklärung zur Förderung von nachhaltigen Lebensweisen, Fairness und Zugang zu Technologien für saubere Energie.

**ERKLÄRUNG LITAUENS, ESTLANDS, TSCHECHIENS, FINNLANDS, LETTLANDS
UND POLENS**

**Erklärung zur Förderung von nachhaltigen Lebensweisen, Fairness und Zugang
zu Technologien für saubere Energie**

Den Protokollen über die betreffenden Tagungen des AStV und des Rates beizufügen

Litauen, Estland, Tschechien, Finnland, Lettland und Polen unterstützen das übergeordnete Ziel der Erklärung, das darin besteht, Änderungen im Verhalten und in der Lebensweise zu fördern und Fairness und Inklusivität bei der Umstellung auf saubere Energietechnologien sicherzustellen. Die Leitprinzipien der Erklärung stehen im Einklang mit dem Eintreten der Europäischen Union für Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und den gleichberechtigten Zugang zu Energielösungen.

Gleichwohl erinnern wir nachdrücklich daran, dass die EU seit 2022 spezifische Grundsätze für Kontakte zu Russland und Belarus in multilateralen Foren entwickelt hat. Im Rahmen der Ministerkonferenz für saubere Energie behält die Europäische Kommission als Ko-Leiter der Initiative das Recht, jedes Land abzulehnen, mit dem die EU nicht zusammenzuarbeiten beabsichtigt.

Zwar hat Russland seit Beginn seiner groß angelegten Aggression gegen die Ukraine an keiner Aktivität der Ministerkonferenz für saubere Energie teilgenommen; sollte Russland jedoch versuchen, sich an dieser Initiative zu beteiligen, fordern wir die Europäische Kommission auf, eine solche Beteiligung im Einklang mit den oben genannten Grundsätzen abzulehnen.

Darüber hinaus fordern wir die Europäische Kommission nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass im Rahmen dieser Initiative keine Zusammenarbeit und kein Datenaustausch mit Russland stattfindet. Es müssen alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um die Informationen und die digitale Infrastruktur der Europäischen Union vor feindlichem Zugriff zu schützen.

Wir fordern die Kommission und andere Interessenträger auf, bei der Umsetzung der Erklärung und ihrer Ziele wachsam zu bleiben und die Werte des Friedens, der Gerechtigkeit und der Rechenschaftspflicht zu wahren.